Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6109**

17. Wahlperiode 08. 06. 2011

Antrag

der Abgeordneten Ingrid Nestle, Oliver Krischer, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Sven-Christian Kindler, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Versorgungssicherheit transparent machen – Keine Experimente mit atomarer „Kaltreserve“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat die Möglichkeit einer atomaren „Kaltreserve“ ins Spiel gebracht, um eine angeblich fehlende Versorgungssicherheit im kommenden Winter bei acht abgeschalteten Atomkraftwerken abzuwenden. Ausgerechnet Atomkraftwerke als „Kaltreserve“ vorzuhalten löst Erstaunen gerade bei Fachleuten aus: Denn ein Atomkraftwerk abgeschaltet aber betriebsbereit zu halten ist extrem aufwendig und teuer. Die Anlagen würden im Standby selbst große Mengen Strom verbrauchen. Aus dem kalten Betriebszustand heraus erscheint es kaum möglich, dass sie aufgrund ihrer mangelnden Flexibilität bei einer kurzfristig eintretenden Verknappung rechtzeitig Strom liefern könnten. Überdies würde das Sicherheitsrisiko gerade der alten Anlagen unvermindert fortbestehen und damit der Atomausstieg durch dieses unvollständige Abschalten ausgehöhlt.

Angesichts der Forderung nach atomaren „Kaltreserven“ überrascht es, dass die Bundesregierung bisher nicht unabhängig prüfen ließ, ob die Versorgungssicherheit im Winter tatsächlich gefährdet ist und mit welchen alternativen Möglichkeiten die Versorgungssicherheit im Zweifelsfall garantiert werden kann. So hat die Bundesnetzagentur kürzlich darauf hingewiesen, dass nicht einmal bekannt ist, wie viel fossile Kaltreserve in Deutschland tatsächlich zur Verfügung steht, obwohl die Kraftwerksbetreiber nach § 9 der Kraftwerks-Netzanschlussverordnung (KraftNAV) verpflichtet sind, ihre „Kaltreserven“ bekannt zu machen.

Auch durch Lastmanagement etwa bei der energieintensiven Industrie können in bedeutendem Umfang Versorgungssicherheit und Netzstabilität gewährleistet werden. So genügt eine Verschiebung der Lasten aus den 15 verbrauchsstärksten Stunden des Jahres, um die Kapazität von zwei Atomkraftwerken einzusparen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich der Bundesnetzagentur den Auftrag zu erteilen, ein fachlich kompetentes, unabhängiges Institut mit der Prüfung der Versorgungssicherheit für die kommenden 24 Monate zu beauftragen und diesem alle notwendigen Daten hierfür zur Verfügung zu stellen. Zum Untersuchungsauftrag

gehört auch, mit welchen technischen und organisatorischen Mitteln eventuelle Engpässe beseitigt werden können, also zum Beispiel Lastmanagement, Aktivierung fossiler Kaltreserve, alternative Methoden der Blindleistungsbereitstellung und kurzfristige Modernisierung der Stromnetze;

2. die Daten hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Kaltreserve aus nichtatomaren Quellen zu erfassen und öffentlich zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 8. Juni 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Es kann nicht sein, dass ungeprüfte Aussagen hinsichtlich eines Versorgungsengpasses im kommenden Winter als Begründung für die Vorhaltung atomarer Kaltreserven und damit zur Aushöhlung des Atomausstiegs herangezogen werden. Die zur Verifizierung notwendigen Daten, die zurzeit nur den Netzbetreibern vorliegen, müssen allgemein zugänglich gemacht werden. Nur so kann überprüft werden, ob tatsächlich ein Versorgungsengpass möglich ist. Transparenz und unabhängige Überprüfung der Sachlage sind angesichts der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung einer unter allen Umständen notwendigen sicheren Stromversorgung Deutschlands unverzichtbar für eine Entscheidung, ob und welche Maßnahmen ggf. zur Sicherung der Versorgung ergriffen werden müssen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass umfassende Transparenz über den Umfang der fossilen Kaltreserven hergestellt werden muss. Die Bewertung weiterer, über das Vorhalten von Reservekapazitäten hinausgehender Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit wie zum Beispiel Lastmanagement und Daten über die Auslastung der Stromnetze gehören ebenfalls dazu.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333